

Claudia Mast
Helena Stehle

Energieprojekte im öffentlichen Diskurs

Erwartungen und Themeninteressen
der Bevölkerung



Springer VS

Energieprojekte im öffentlichen Diskurs

Claudia Mast · Helena Stehle

Energieprojekte im öffentlichen Diskurs

Erwartungen und Themeninteressen
der Bevölkerung

Unter Mitarbeit von Benedikt Rhiel

Claudia Mast
Stuttgart, Deutschland

Helena Stehle
Stuttgart, Deutschland

ISBN 978-3-658-12710-7 ISBN 978-3-658-12711-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-12711-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Barbara Emig-Roller, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Vorwort

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Energiewende in Baden-Württemberg ist in vollem Gange. Damit die Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen kann, werden in den nächsten Jahren noch mehrere hundert Solaranlagen, Windkraftwerke und Stromspeicher gebraucht. Für die Umsetzung derartiger Infrastrukturprojekte ist es notwendig, dass die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten. Denn einerseits wollen die Menschen in Baden-Württemberg gerade dann bei Energieinfrastruktur-Projekten aktiv mitreden, wenn hiervon ihr Leben oder ihr Wohnumfeld direkt betroffen sind. Andererseits ist Bürgerbeteiligung bei komplexen und langfristigen Projekten unverzichtbar, um eine nachhaltige Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Ohne die Einbeziehung der Menschen vor Ort können Energieprojekte heute zumeist nur mit erheblichen Zusatzkosten und Verzögerungen realisiert werden.

Wer also künftig Infrastrukturprojekte in Baden-Württemberg umsetzen will, muss sich rechtzeitig und systematisch um einen intensiven Austausch zwischen der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft bemühen. Hier besteht jedoch erheblicher Nachholbedarf: So dominieren sowohl in der öffentlichen Kommunikation als auch in wissenschaftlichen Analysen die Perspektiven der Interessenvertreter und Entscheidungsträger. Über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Energieinfrastruktur-Projekte, über ihr Wissen und ihre Mitsprache- sowie Beteiligungswünsche ist hingegen nur wenig bekannt. Diese Lücke möchte die Baden-Württemberg Stiftung durch die Unterstützung der vorliegenden Studie schließen, die die Beteiligungs- und Informationsbedürfnisse der Einwohner Baden-Württembergs mit Blick auf die Themen erneuerbare Energien und Energieversorgung in den Mittelpunkt stellt.

Die Untersuchung ist Teil des Programms *Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft* der Baden-Württemberg Stiftung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Bedeutung des

Themas Bürgerbeteiligung für das Funktionieren heutiger Gesellschaften sichtbar zu machen und eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Bürgerbeteiligung zu etablieren. In diesem breitgefächerten Programm widmen wir uns der Qualifikation von Jugendlichen für Beteiligungsprozesse, unterstützen eine Allianz für Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und führen ein Forschungsprogramm zum Beteiligungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg durch. Im Rahmen dieses Forschungsprogramms haben wir uns zunächst in Form eines Demokratie-Monitorings Baden-Württemberg 2013/2014 der Frage zugewendet, welchen Stellenwert die Werte Demokratie, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement für die Menschen im Land haben. An diesen allgemeinen Überblick anknüpfend beleuchtet die Studie der Universität Hohenheim nun die konkreten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Kommunikation und Beteiligung bei Energieinfrastruktur-Projekten im Zuge der Energiewende.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen eindrücklich, wie wichtig eine gute Kommunikation und Information für die Akzeptanz derartiger Projekte in der Bevölkerung sind. Zu welchen Themen wünschen sich die Bürger Informationen? Welchen Akteuren glauben und vertrauen sie, wenn es um Infrastrukturprojekte im Bereich erneuerbarer Energien geht? Wie und wann wollen sie selbst gehört werden? Antworten auf diese Fragen liefert die vorliegende Studie, aus deren Erkenntnissen wertvolle Hinweise für die Kommunikationspraxis von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien sowie hinsichtlich der Beteiligungswünsche der Bürger abgeleitet werden können.

Wir danken den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Fachgebiets Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim für ihre umfassende Forschungsarbeit und ihr Engagement sowie allen weiteren Beteiligten für ihren Einsatz zum Gelingen dieser Studie.



Christoph Dahl

Geschäftsführer
Baden-Württemberg Stiftung



Dr. Andreas Weber

Abteilungsleiter Bildung
Baden-Württemberg Stiftung

Zu diesem Buch

Die Bürger tragen die Energiewende, d. h. die Umstellung auf erneuerbare Energien im Großen und Ganzen mit – so lautet das Ergebnis zahlreicher Umfragen, die allgemeine Indikatoren für Akzeptanz erfragen. Wenn allerdings Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft ein konkretes Projekt vor Ort zur Diskussion stellen, wird das Meinungsbild durchaus vielfältiger und oft auch widersprüchlich. Auseinandersetzungen oder gar Konflikte prägen die Diskurse um Energieprojekte in den Gemeinden, Regionen und Bundesländern. Die Akzeptanz von Energieprojekten basiert dann auf höchst unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Meinungsbildungsprozessen bei den Menschen. Bürger nehmen als Betroffene – konkret bei einem Projekt in ihrem Umfeld – eine andere Perspektive ein als bei allgemeinen Umfragen zu allgemeinen Einstellungen.

Dieser Widerspruch kann gesellschaftspolitische Entwicklungen lähmen. Er ist jedoch eine Realität, auf die sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft einstellen, wenn sie konkrete Projekte in der Bevölkerung „durchbekommen“ wollen. Die meisten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft denken und handeln dabei häufig aus einer instrumentellen Perspektive, die Kommunikation als Verkündigung von Botschaften ansieht. Dabei agieren sie weit entfernt von den Wünschen, Sorgen und Interessen der Anspruchsgruppen (sog. Stakeholder) von Kommunikation, insbesondere der Bürgerinnen und Bürger. Eine Kluft zwischen „ihren“ Vorstellungen und den Meinungen der Menschen in der Region entsteht mit der Folge: Die Kommunikation der jeweiligen Energieprojekte wird immer komplizierter und ineffizienter. Ein und dasselbe Energiethema wird dann aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert: auf der einen Seite aus der Sichtweise der „betroffenen“ Menschen vor Ort und auf der anderen Seite aus der Sichtweise der Akteure, die übergeordnete, z. B. energiewirtschaftliche Argumentationen vorbringen.

Ein solches Gegenüber unterschiedlicher Perspektiven ist jedoch Gift für die Akzeptanz von konkreten Projekten. Im komplizierten Kommunikationsfeld der

Energie aber werden Akteure nur überzeugen, wenn sie konsequent von den Erwartungen der Menschen denken und argumentieren, die sie ansprechen wollen. Wer Akzeptanz will, muss aus der Stakeholder-Perspektive denken.

An diesem Punkt setzt die Studie an und weist darauf hin, dass im öffentlichen Diskurs nicht nur die Themeninteressen der Menschen relevant sind, sondern vor allem die Themenperspektiven. Sonst kämpfen nämlich gesellschaftliche Standpunkte, Anliegen von Anwohnern und Verbrauchern mit technischen, energiewirtschaftlichen oder politischen Aspekten aus dem Fachdiskurs. Dann produzieren die öffentlichen Diskussionen über ein konkretes Energieprojekt eine zweigeteilte Welt, die es zu vermeiden gilt.

Dabei haben die Bürger durchaus klare Erwartungen an die Aufbereitung und den Stil der Kommunikation. Sie wollen ernst genommen werden und auch im Kommunikationsgeschehen spüren, dass ihnen Wertschätzung entgegengebracht wird. Es geht vorrangig um das „Wie“ der Kommunikation – vor dem „Was“. Voraussetzung dafür aber sind profunde Kenntnisse über die Erwartungen, Wünsche, Bedürfnisse, aber auch Ängste und Sorgen bei den Beteiligten. Die Studie erhebt diese mit einem Mehrmethodendesign. Insbesondere auf Seiten der Bürger gibt es bislang kaum systematische Analysen, die die Situation vor Ort, auf Ebene der Bundesländer und Regionen, in den Blick nehmen.

Unter Verwendung einer Kombination von verschiedenen Methoden analysiert die Untersuchung am Beispiel Baden-Württemberg, welche Erwartungen Bürger an Kommunikation und Beteiligung bei Energieprojekten haben, inwiefern sie sich aktiv einbringen wollen und wie Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Beratung und Medien diese Perspektiven einschätzen. Im Mittelpunkt steht die Sicht der Bürger, deren Akzeptanz als zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Projekte gilt. Sie wird der Sicht der Projektverantwortlichen gegenübergestellt.

Dabei zeigt sich u. a.:

- an welchen Stellen große Diskrepanzen zwischen Bürgern und Experten auftreten wie z. B. bei den Themeninteressen oder der Bewertung von Akteuren;
- wie einhellig die Bürger z. B. die allgemeine Bedeutung eines Thema wahrnehmen und wie unterschiedlich sie doch ihr eigenes Engagement bei Energiethemen einschätzen; sowie
- dass sich die Bürger in ihren Erwartungen an Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten deutlich unterscheiden und eine einheitliche Kommunikationsstrategie seitens der Projektverantwortlichen daher ins Leere läuft.

Die vorliegende Publikation gibt zunächst einen Einblick in die Relevanz des Themenfeldes und den öffentlichen Diskurs zu Energieprojekten (Kap. 1). An-

schließlich stehen die analytischen und theoretischen Hintergründe der Studie im Mittelpunkt (Kap. 2). Kernbestandteil der Studie sind die Ergebnisse von umfassenden Interviews mit Bürgern und Experten (Kap. 3), einer qualitativen Onlinepanelbefragung unter Bürgern in Baden-Württemberg (Kap. 4) sowie einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Bundesland (Kap. 5). Kapitel 6 zeigt die Verbindungslinien zwischen der Perspektive der Bürger und der Projektverantwortlichen auf und geht insbesondere darauf ein, welche Erkenntnisse die Studie für die Energiekommunikation in Forschung und Praxis bietet.

Das Projekt wurde als Teil des Gesamtprogramms „Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft“ von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert. Wir danken der Baden-Württemberg Stiftung herzlich für die Unterstützung, die diese Studie ermöglicht hat. Darüber hinaus bedanken wir uns ganz herzlich beim Regionalverband Neckar-Alb und insbesondere seinem Vorsitzenden Eugen Höschle für die engagierte Zusammenarbeit im Vorfeld sowie während der Projektdurchführung, vor allem bei den Leitfadeninterviews mit Bürgern und Experten aus der Region Neckar-Alb.

Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir darüber hinaus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der drei Befragungswellen, die uns in den Leitfadeninterviews, der qualitativen Onlinebefragung sowie der Repräsentativumfrage wertvolle Einblicke in ihre Gedanken, Erwartungen und Einschätzungen ermöglicht haben. Ohne sie wäre die vorliegende Studie nicht möglich gewesen.

Des Weiteren danken wir Benedikt Rhiel vom Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft und Journalistik (Universität Hohenheim), der die Erhebung und Auswertung in der vorliegenden Studie maßgeblich unterstützt hat. Dies gilt besonders für die Aspekte der Beteiligung, die dank seiner politikwissenschaftlichen Expertise eingeflossen sind.

Nicht zuletzt haben zahlreiche studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachgebiets an der aufwändigen Studie mitgewirkt. Ihnen ebenfalls ein herzliches Dankeschön für die Mitarbeit bei Erhebung, Auswertung und Manuskripterstellung: Jana Gegenheimer, Annika Körner, Teresa Merkl, Charlotte Petrik, Anke Schunck, Leonie Steckermeier, Anna Stephan-Odenthal, Aylin Weinmann und Marietta Weiß. In unseren Dank schließen wir Alena Kirchenbauer und Rainer Bluthard vom Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft und Journalistik (Universität Hohenheim) ein, die uns in besonderem Maße bei der Fertigstellung des Manuskriptes unterstützt haben.

Stuttgart, im Januar 2016

*Claudia Mast
Helena Stehle*

Inhalt

Vorwort	V
Zu diesem Buch	VII
Abbildungsverzeichnis	XIII
1 Energieinfrastruktur – ein Themenfeld mit vielen Unstimmigkeiten ...	1
1.1 Energiewende und ihre Folgen – ein Thema für Baden- Württemberg	2
1.2 Herausforderungen der Energiekommunikation im Bundesland	5
1.3 Ziele und Vorgehen der Studie	7
2 Kommunikation und Beteiligung als Gegenstände der Kommunikationswissenschaft	15
2.1 Energie und Infrastruktur – brisante Themenfelder im wissenschaftlichen Diskurs	16
2.2 Energie- und Infrastrukturkommunikation aus der Sicht von Kommunikations- und Politikwissenschaft	19
2.3 Kommunikation und Beteiligung – zwei Seiten einer Medaille oder ungleiches Gespann?	22
3 Eckpunkte eines kontroversen Themenfeldes	31
3.1 Energieinfrastruktur: Themenfeld mit vielfältigen Interessen	33
3.2 Zahlreiche Akteure mit Stimmgewalt in der öffentlichen Diskussion	37
3.3 Erwartungen der Bürger im Spiegel des individuellen Handelns	41

4	Erwartungen an die Kommunikation bei Energieprojekten	59
4.1	Energieinfrastruktur – die Perspektive der Bürger	63
4.2	Wie Entscheidungsträger und Verantwortliche gesehen werden	67
4.3	Erwartungstypen und Beteiligungshandeln	72
5	Kommunikation und Beteiligung aus der Sicht der Bürger	99
5.1	Energie – ein zentrales Zukunftsthema	100
5.2	Ansehen von Akteuren bei den Bürgern im Bundesland	106
5.3	Erwartungstypen und Beteiligungswünsche in Baden- Württemberg	112
6	Kommunikationstypen als Ansatzpunkte für das Kommunikationsmanagement	137
6.1	Die Sicht der Stakeholder im Kommunikationsfeld Energie	138
6.2	Die Sicht der Kommunikatoren zum Thema Energie	143
6.3	Zwei Seiten einer Medaille? Stakeholder und Kommunikatoren im Vergleich	147
	Literatur	151

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Qualitatives und quantitatives Design der Studie	9
Abb. 2	Verständnisse des Zusammenspiels von Kommunikation und Beteiligung	23
Abb. 3	Modellierung von Kommunikation und Beteiligung	25
Abb. 4	Anforderungen an Energiekommunikation	27
Abb. 5	Themenbereiche der Leitfadeninterviews	32
Abb. 6	Themeninteressen aus Sicht der Bürger und Experten	35
Abb. 7	Kommunikationsverantwortung auf politischen Ebenen aus Sicht der Bürger und Experten	38
Abb. 8	Erwartungen von Bürgern und Experten an die Kommunikation über Energieprojekte	42
Abb. 9	Erwartungen von Bürgern und Experten an Beteiligungsverfahren und -formen	50
Abb. 10	Prototyp der Q-Sortierung als Teil der Bildschirm-Befragung	62
Abb. 11	Top 10-Themeninteressen aus Sicht der Bürger	65
Abb. 12	Gefühlte Informiertheit der Bürger beim Thema Energieversorgung	66
Abb. 13	Top 10-Akteure, von denen Bürger Informationen erwarten	68
Abb. 14	Bürger sehen kaum kompetente und bürgernahe Akteure	71
Abb. 15	Q-Sortierung des Typs 1: „Der anspruchsvolle Informationstyp“ ...	73
Abb. 16	Q-Sortierung des Typs 2: „Der aktive Dialogtyp“	75
Abb. 17	Q-Sortierung des Typs 3: „Der nutzenorientierte Gesprächstyp“ ...	76
Abb. 18	Q-Sortierung des Typs 4: „Der verschlossene Heimatverbundene“ ..	78
Abb. 19	Steckbriefe der Erwartungstypen	79
Abb. 20	Die Erwartungstypen in den baden-württembergischen Regierungsbezirken	80
Abb. 21	Die Erwartungstypen und ihre Altersstruktur	81
Abb. 22	Die Zusammensetzung der Erwartungstypen nach Bildungsgrad ...	82

Abb. 23	Die Wohnorte der Erwartungstypen	83
Abb. 24	Die Herkunft der Erwartungstypen aus den baden- württembergischen Regierungsbezirken	84
Abb. 25	Die Erwartungstypen und ihre Zusammensetzung nach Parteineigung	85
Abb. 26	Dimensionen der Bürgerbeteiligung in der Bildschirm-Befragung ..	88
Abb. 27	Beteiligungsformen und die Bereitschaft der Bürger	89
Abb. 28	Erwartungstypen und ihre Bereitschaft zu Beteiligung	93
Abb. 29	Die Bereitschaft der Bürger, sich zu beteiligen, nach Regierungsbezirken	95
Abb. 30	Großes Interesse der Bürger am Thema Energieversorgung	102
Abb. 31	Interesse der Bürger am Thema Energieversorgung nach IHK-Regionen	103
Abb. 32	Top 10-Themeninteressen der Bürger zu Energieversorgung	104
Abb. 33	Gefühlte Informiertheit der Bürger beim Thema Energieversorgung	105
Abb. 34	Kommunikationsfeld Energie – verantwortliche Kommunikatoren aus Sicht der Bevölkerung	107
Abb. 35	Kommunikationsfeld Energie – kompetente Akteure und Vertreter von Bürgerinteressen aus Sicht der Bevölkerung in Baden-Württemberg	108
Abb. 36	Erwartungstypen unter den Bürgern in Baden-Württemberg	114
Abb. 37	Erwartungstypen unter den Bürgern in den Regierungsbezirken ..	115
Abb. 38	Erwartungstypen unter den Bürgern in den IHK-Regionen	116
Abb. 39	Zusammensetzung der Erwartungstypen nach Wohnortgröße	117
Abb. 40	Altersstruktur der Erwartungstypen unter den Bürgern	118
Abb. 41	Welche Beteiligungsmöglichkeiten die Bürger in einem konkreten Fall ergreifen wollen	122
Abb. 42	In einem konkreten Fall: Welche Beteiligungsmöglichkeiten die Bürger in den Regierungsbezirken ergreifen wollen	124
Abb. 43	Dimensionen der Beweggründe für eine Beteiligungsbereitschaft von Bürgern	127
Abb. 44	In einem konkreten Fall: Welche Gründe für eine Beteiligung wichtig sind	129
Abb. 45	Beteiligungsbereitschaft der Erwartungstypen bei Energieinfrastruktur-Projekten	130
Abb. 46	In einem konkreten Fall: Präferierte Beteiligungsformen der Erwartungstypen bei Energieinfrastruktur-Projekten	132
Abb. 47	Themenfeld Energie: Konfliktlinien im öffentlichen Diskurs	146

Energieinfrastruktur – ein Themenfeld mit vielen Unstimmigkeiten

1

Einleitung

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 und der darauf folgenden Meinungslage und Gesetzgebung zum Ausstieg aus der Kernkraft unterstützten die Bürger¹ in Deutschland – so die Anzeichen – erneuerbare Energien und ihren Ausbau. Nach dem Beschluss des „13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes“ des Bundestages im Juni 2011 – oftmals als „Beschluss zur Energiewende“ bezeichnet – ist die Zustimmung groß: „92 Prozent der Deutschen unterstützen den Ausbau Erneuerbarer Energien“ (Agentur für Erneuerbare Energien, 2014, o. S.). In Baden-Württemberg sprechen sich rund 60 Prozent der Bürger grundsätzlich für einen Energiemix mit einem großen Anteil erneuerbarer Energieträger im Land aus (vgl. Mast, Stehle, & Krüger, 2011, S. 133).

Die Zustimmung zu erneuerbaren Energien wird generell als gegeben angesehen (vgl. Schmid & Zimmer, 2012, S. 6; Ohlhorst & Schön, 2010, S. 198; forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, 2010, S. 3; Wüstenhagen, Wolsink, & Bürer, 2007, S. 2684-2685). Die Menschen erkennen die Notwendigkeit erneuerbarer Energien und entsprechender Infrastruktur in weiten Teilen an – so die weitverbreitete Meinung. Doch dieses positive Bild „has (mis)led policy makers to believe that social acceptance is not an issue“ (Wüstenhagen et al., 2007, S. 2685).

Besteht jedoch über die allgemeinen Ziele der Energiepolitik noch weitgehend Einigkeit, so lösen konkrete Maßnahmen und Projekte Konflikte in der Bevölkerung aus. Ähnlich wie bei anderen großen Infrastrukturprojekten, z. B. dem baden-württembergischen Bahnhof „Stuttgart 21“, ist die Meinung gespalten (vgl. z. B. Bönisch & Bahrenberg, 2012, S. 13; Brettschneider, 2011, S. 1; Böhm, 2011, S. 616-617; Hübner & Pohl, 2010, S. 1-2). Für Deutschland und seine Bundesländer ist eine verlässliche

1 Zur besseren Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet. Die Autoren schließen jedoch ausdrücklich jeweils alle Geschlechter ein.

Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Infrastrukturprojekte im Rahmen der Energiewende werden zum entscheidenden Vorteil – oder zum Hindernis.

Wie bedeutend ist das Thema „Versorgung mit (erneuerbarer) Energie“ vor diesem Hintergrund im Bundesland Baden-Württemberg (Abschnitt 1.1)? Welche Herausforderungen bestehen mit Blick auf die Bürger und deren Erwartungen (Abschnitt 1.2)? Welche Ziele und Herausforderungen stellen sich nicht zuletzt der kommunikationswissenschaftlichen Forschung (Abschnitt 1.3)? Die Studie des Fachgebietes für Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim (Stuttgart) in Kooperation mit der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH (Stuttgart) und mit Unterstützung des Regionalverbandes Neckar-Alb (RVNA) sowie von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (Berlin) nimmt diese Fragen in den Blick.

1.1 Energiewende und ihre Folgen – ein Thema für Baden-Württemberg

Der Industriestandort Baden-Württemberg ist auf eine verlässliche Versorgung mit Energie angewiesen. Er hat zugleich jedoch Standortnachteile wie z. B. die weite Entfernung von Offshore-Windparks in Nord- oder Ostsee. Die Landesregierung in Baden-Württemberg setzt in Sachen Energiewende daher auf erneuerbare Energieträger im Bundesland wie z. B. Solarstrom und Windkraft² sowie Energieeinsparungen. Bisher sind vor allem Biomasse, Wasserkraft und Solarenergie zentrale Bestandteile der erneuerbaren Energieversorgung (vgl. Diekmann et al., 2014, S. 119). Mehrere hundert Windkraftanlagen, Stromspeicher und Leitungen werden in den nächsten Jahren gebraucht. Sie sind vor Ort sichtbar und brauchen Platz. Die Akzeptanz von Energieprojekten ist aber nicht per se gegeben – vor allem dann nicht, wenn solche Anlagen in Sichtweite von Wohngebieten gebaut werden sollen oder an Naturschutzgebiete grenzen (vgl. z. B. Rheingold Salon GmbH & Co. KG, 2015, S. 2, 4; Buchholz & Huge, 2014, S. 5; Verband kommunaler Unternehmen e. V. & forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, 2012, S. 4; Bosch & Peyke, 2011, S. 109-110; Ohlhorst & Schön, 2010, S. 199-200; Wüstenhagen et al., 2007, S. 2685; van der Horst, 2007, S. 2705). Obwohl für Baden-Württemberg eine Studie auf eine hohe Zustimmung zu Anlagen für

2 Vgl. Pressekonferenz mit Franz Untersteller, Umweltminister Baden-Württemberg, am 9. Januar 2012, <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/89900/Anlage.pdf?command=downloadContent&filename=Anlage.pdf> (Zugegriffen: 17. Dezember 2012).

erneuerbare Energien in der Nachbarschaft verweist (vgl. forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, 2010, S. 7), werden im Konkreten, im Detail vor Ort Diskrepanzen sichtbar.

Unter dem Motto „50 % Energie sparen – 80 % erneuerbare Energien – 90 % weniger Treibhausgase“ und „Energiewende – machen wir“ hat die *baden-württembergische Landesregierung* „einen Plan ausgearbeitet, um Klimaschutz und Energieversorgung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 grundlegend zu verändern“³. Dabei sollen die Bürger im Land über eine „Dialog-Kampagne“ sowie über projektbezogene Kommunikation informiert und einbezogen werden. Die Kommunikationsmaßnahmen sollen die Energiepolitik der Landesregierung, die 2013 in einem Klimaschutzgesetz sowie 2014 im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (IEKK) formuliert wurde, unterstützen.⁴ Zahlreiche Maßnahmen wie eine eigene Webseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (energiewende.baden-wuerttemberg.de), ein Bürgerbeteiligungsportal (beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de), Regionalsymposien, Live-Diskussionen mit zuständigen Ministern und Ministerien, klassisches Printmaterial oder eine Roadshow zielen darauf, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Hinblick auf die Informationslage zu erneuerbaren Energien liegt Baden-Württemberg im Ländervergleich damit auf den vorderen Rängen. Ausführliche Energieberichte und -statistiken sowie Informationen zu technischen Fragen, Kosten oder Fördermöglichkeiten werden positiv betrachtet (vgl. Diekmann et al., 2014, S. 25-29).

Die *baden-württembergischen Medien* begleiten das Thema intensiv. Am häufigsten kommt in regionalen Tageszeitungen von Januar bis August 2014 das Thema EEG-Reform zur Sprache (21 %).⁵ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das Stromnetz und deren

3 Webseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, <http://energiewende.baden-wuerttemberg.de/de/wissen/unsere-ziele-50-80-90/unsere-kernziele/> (Zugegriffen: 9. Februar 2015).

4 Webseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, <http://energiewende.baden-wuerttemberg.de/de/wissen/unsere-ziele-50-80-90/unsere-kernziele/> (Zugegriffen: 9. Februar 2015).

5 Qualitative Inhaltsanalyse von sechs der zehn auflagenstärksten publizistischen Einheiten aus Baden-Württemberg (Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, Südwest Presse, Rhein-Neckar-Zeitung, Südkurier, Badische Zeitung) sowie dem Reutlinger Generalanzeiger (spezifisch für die Region Neckar-Alb); n = 219 ausgewertete Artikel; Datenerhebung und -auswertung durch das Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft und Journalistik, Universität Hohenheim; Erscheinungszeitraum der ausgewerteten Artikel: 1. Januar bis 20. August 2014.

Vergütung regelt, wird dabei vor allem vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Debatte betrachtet. Insbesondere die Frage, inwiefern der Ausbau von Windenergie im Land durch veränderte Leistungsvorgaben gebremst wird, sowie die EEG-Umlage und ihre Ausnahmen für energieintensive Unternehmen werden diskutiert. An zweiter Stelle (16 %) folgen Berichte zum Energieunternehmen EnBW, insbesondere zu dessen notwendiger Umstrukturierung im Nachgang der Energiewende, zu seiner wirtschaftlichen Lage und zu seinem Umgang mit den eigenen Kernkraftwerken. An dritter Stelle (13 %) folgt mit der Windkraft im Land wiederum ein originäres Thema der Energieerzeugung. In Sachen Windkraft kommt dabei vor allem die Differenz zwischen geplanten und tatsächlich umgesetzten Windrädern zur Sprache.

Die drei Top-Themen werden von allen betrachteten Tageszeitungen in Baden-Württemberg aufgegriffen. Darüber hinaus berichten sie über zahlreiche weitere Themen wie z. B. die Energieversorgung in Stuttgart, Fracking oder die Erzeugung von Strom insgesamt, insbesondere das Verhältnis von Ökostrom zu konventioneller Erzeugung und den Ausbau des Stromnetzes. Während über Fracking ähnlich wie bei den drei Top-Themen überregional berichtet wurde, überwiegt bei der Stuttgarter Energieversorgung – themenbedingt – die lokale Ausrichtung. Bei der Versorgung mit Strom beziehen sich sieben von 16 Beiträgen auf lokale Projekte. Dieser Anteil steigt bei den weiteren Top 10-Themen wie z. B. Windkraft (48 %), Wärme (60 %) sowie anderen erneuerbaren Energieträgern, Veranstaltungen und Serviceangeboten für Bürger oder Berichten über Energieunternehmen (jeweils 100 %). Für den lokalen Bezug interessieren sich nicht zuletzt auch die Bürger – so eine Annahme, die oft getroffen wird. Nach Ansicht von Porten-Cheé, Arlt und Wolling (2013, S. 184) besitzt das Thema Energieversorgung auf der Mikroebene eine hohe Alltagsrelevanz, da es stark mit alltagspraktischen Fragen der Bürger verbunden ist.

Die *baden-württembergischen Bürger* nehmen aktiv Anteil an der Diskussion über Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere an solchen, die „vor ihrer Haustüre“ liegen. Sowohl die Politik als auch Vertreter der Wirtschaft sind damit zum Handeln aufgefordert. Denn auf der einen Seite ist der Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien eine zentrale Herausforderung für Baden-Württemberg mit seinen zahlreichen energieintensiven Unternehmen. Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Energiesektor ist angesichts der Energiewende für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zukunftsentscheidend. Auf der anderen Seite können solche Infrastrukturprojekte nicht mehr umgesetzt werden, ohne die Bevölkerung rechtzeitig „vor Ort“ einzubeziehen. Sonst drohen zeitliche Verzögerungen, hohe Kosten, Vertrauensverluste oder sogar das Scheitern der Vorhaben (vgl. z. B. Jobert, Laborgne, & Mimler, 2007, S. 2759).